

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2022

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	3
B 144. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 20. – 24. März 2022 in Nusa Dua (Indonesien)	5
C Webinar zum Thema «Auswirkungen des Klimawandels auf Vertreibung und menschliche Sicherheit»	5
D 145. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 11. – 15. Oktober 2022 in Kigali (Ruanda)	6
1. Allgemeines.....	6
2. Dringliches Nachtragstraktandum.....	7
3. Hauptthema der Versammlung: <i>Gleichstellung der Geschlechter und geschlechtersensible Parlamente als Treiber des Wandels für eine widerstandfähigere und friedlichere Welt</i>	8
E Sitzung des Interparlamentarischen Rates	9
1. Allgemeines.....	9
2. Die finanzielle Lage der IPU / Budget für das Jahr 2023.....	10
3. Politische Situation in gewissen Mitgliedsländern	10
F Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	11
G Nächste Versammlungen	12
H Schlusswort	12

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveräner Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 178 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Ziele

- die Kontakte, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten und deren Mitgliedern aller Länder zu fördern;
- Fragen von internationalem Interesse betreffend Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Frauen in der Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erörtern, um dadurch einzelne Parlamente und Ratsmitglieder zu konkreten Massnahmen zu veranlassen;
- zur Förderung von Schutz und Achtung der Menschenrechte – ein zentraler Faktor für die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung – und des humanitären Rechts beizutragen, insbesondere zum Schutz der Menschenrechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier;
- zu einem besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen beizutragen und deren Entstehung und Fortbildung zu unterstützen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtensteins für das Jahr 2022 CHF 12'100, zusätzlich für die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus EUR 536).

Das **Sekretariat der IPU** mit Sitz in Genf ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Gruppe der Zwölf Plus

Geopolitische Gruppierungen wurden erstmals Anfang der 1950er Jahre innerhalb der IPU gegründet. Ihr Zweck bestand ursprünglich darin, eine gerechte geografische Verteilung der Sitze im Exekutivkomitee der IPU und in anderen Gremien sicherzustellen. Im Laufe der Zeit haben sich ihre Rolle und Verantwortlichkeiten jedoch weiterentwickelt.

Heute spielen die sechs geopolitischen Gruppen eine wichtige Rolle für das Funktionieren der IPU. Sie bereiten Positionen zu Schlüsselthemen auf der Tagesordnung jeder Vollversammlung vor und koordinieren sie, prüfen freie Stellen in den Ausschüssen und Gruppen, beraten ihre Mitglieder und schlagen Kandidaten vor. Dadurch können sie eine faire Vertretung aller Teile der Welt innerhalb der IPU-Strukturen sicherstellen.

Die Gruppen führen Anhörungen mit Kandidaten für das IPU-Präsidium und den Posten des Generalsekretärs sowie bei Bedarf mit jedem anderen IPU-Beamten durch. Sie erleichtern auch Konsultationen zu Vorschlägen für Debatten und Entschliessungen zu Dringlichkeitsthemen während der Vollversammlungen und sind an der Gestaltung und Überprüfung der Umsetzung der wichtigsten Massnahmen beteiligt.

Der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus, zu der Liechtenstein zählt, gehören weiter folgende Länder an: Albanien, Andorra, Australien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Island, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Monaco, Montenegro, Neuseeland, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn und Zypern.

Vorsitzende ist seit 2020 Frau Arda Gerken, erste Vizepräsidentin des Senats der Niederlande.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter)
- Landtagsabgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Sebastian Gassner (stv. Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (verantwortliche Mitarbeiterin beim Parlamentsdienst)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste wurde vom 20. – 24. März in Nusa Dua (Indonesien) durchgeführt, die zweite fand vom 11. – 15. Oktober in Kigali (Ruanda) statt. An der ersten Sitzung nahm die Delegation aufgrund der nach wie vor schwierigen Corona-Situation nicht teil. An der zweiten Sitzung war die Delegation durch die Abg. Dagmar Bühler-Nigsch sowie den Abg. Sebastian Gassner inkl. der verantwortlichen Mitarbeiterin des Parlamentsdienstes vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2022

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder und Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 29'684.90.

B 144. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 20. – 24. März 2022 in Nusa Dua (Indonesien)

Aufgrund der nach wie vor schwierigen weltweiten Corona-Situation wurde auf die Teilnahme an der 144. IPU-Versammlung in Nusa Dua verzichtet.

C Webinar zum Thema «Auswirkungen des Klimawandels auf Vertreibung und menschliche Sicherheit»

Delegationsleiter Albert Frick nahm am 22. September 2022 am Webinar zum Thema «Auswirkungen des Klimawandels auf Vertreibung und menschliche Sicherheit» teil. Dieses vom UNHCR und der IPU mit Unterstützung der International Association of Professionals in Humanitarian Assistance and Protection (PHAP) gemeinsam organisierte Webinar zielte darauf ab, das Verständnis der Parlamentarier für die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Vertreibung und menschlicher Sicherheit zu vertiefen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind vielfältig und können Vertreibungen auslösen, die Lebensbedingungen verschlechtern und/oder die Rückkehr bereits vertriebener Menschen behindern. Begrenzte natürliche Ressourcen, wie z. B. Trinkwasser, werden in vielen Teilen der Welt, die Flüchtlinge aufnehmen, noch knapper. Ackerbau und Vieh-

zucht haben unter Umwelt- und Klimastress zu leiden und bedrohen so ihre Existenzgrundlage. Der Klimawandel vervielfacht die Anfälligkeit, verschärft die bestehenden Spannungen und erhöht das Konfliktpotenzial.

Die nationalen Parlamente sind von zentraler Bedeutung für die Umsetzung von Massnahmen gegen den Klimawandel und die Vertreibung sowie für die Gewährleistung des Zugangs zu Schutz und Hilfe in Krisensituationen, aber auch für die langfristige Resilienz. Sie haben dafür zu sorgen, dass Verträge und Verpflichtungen in nationales Recht umgesetzt werden und dass angemessene Haushaltsmittel zur Unterstützung lokaler Anpassungsmaßnahmen und zur Umsetzung von Gesetzen und Strategien zum Klimawandel und zu Katastrophen bereitgestellt werden.

Die Datenerhebungsinitiative in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Union (IPU) zeigt, dass derzeit weltweit mehr als 2'120 Klimagesetze und -politiken in Kraft sind. In Anerkennung der entscheidenden Rolle, die die Parlamente bei der Bekämpfung des Klimawandels aufgrund ihrer Gesetzgebungs-, Haushalts-, Aufsichts- und Vertretungsfunktionen spielen, hat die IPU die Unterstützung der Parlamente und Parlamentarier bei ihren Bemühungen zur Bewältigung der Klimakrise zu einer Priorität gemacht. Die neue IPU-Strategie 2022-2026 sieht im Klimaschutz eines ihrer Schlüsselziele.

D 145. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 11. – 15. Oktober 2022 in Kigali (Ruanda)

1. Allgemeines

Die Eröffnungsfeier der 145. IPU-Versammlung fand am 11. Oktober 2022 im Kigali Convention Centre u.a. in Anwesenheit von Frau Donatille Mukabalisa, Präsidentin der Abgeordnetenversammlung, und seiner Exzellenz Paul Kagame, Präsident von Ruanda, statt. In ihrer Begrüßungsrede nahm Frau Donatille Mukabalisa Bezug auf das Hauptthema der Versammlung und betonte, wie wichtig es sei, dass Frauen die gleichen Rechte und Zugangsmöglichkeiten in Politik und Wirtschaft hätten wie Männer. Dies sei ein Weckruf an alle parlamentarischen Institutionen, um die Situation in ihren Ländern bez. Gleichberechtigung der Geschlechter zu überprüfen und entsprechende Massnahmen zu treffen. Gleichberechtigung sei eine der Grundlagen für eine friedvolle und demokratische Welt. In Ruanda sei die Förderung von Frauen in Führungspositionen und deren Stärkung in der Politik in der Verfassung festgeschrieben. Ruanda sei das erste Land auf der Welt, das mehr weibliche als männliche Vertreter im Parlament habe. Zudem spielten Frauen gleich wie die Männer eine aktive Rolle in der sozio-ökonomischen Transformation des Landes.

Seine Exzellenz Herr Paul Kagame, Präsident von Ruanda, führte in seiner Rede aus, dass eine der wichtigsten Aufgaben eines Parlaments sei, die Interessen der Bürger zu schützen und zu wahren. Dies könne nur mit der umfassenden Beteiligung und Mitwirkung der Frauen, insbesondere in Führungspositionen, erreicht werden. Frauen seien das Rückgrat einer stabilen und friedlichen Gesellschaft. Parlamente hätten auch eine wichtige Rolle inne im Kampf gegen genozide Ideologien. Es sei notwendig, hier die Bemühungen zu verstärken, um sämtliche Formen der Entmenschlichung und Rassismus auf

der ganzen Welt unter Strafe zu stellen. Es liege zudem in der Verantwortung jedes Einzelnen, sich für eine friedliche und demokratische Welt einzusetzen, insbesondere auch für die zukünftigen Generationen.

Herr Duarte Pacheco, Präsident der IPU, sowie Herr Martin Chungong, Generalsekretär der IPU, machten ebenfalls ein paar Ausführungen zum Thema der Konferenz. Zudem sprach Herr António Guterres, Generalsekretär der UNO, in einer Videonachricht zu den Anwesenden.

Delegationen von 119 Mitgliedsparlamenten nahmen an der Versammlung teil.

Delegationsmitglied Dagmar Bühler-Nigsch war vertreten im Forum of Women Parliamentarians, welches an jeder IPU-Konferenz zusammentritt. Das Forum leitet die politische Arbeit, um das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei der politischen Vertretung in den nationalen Parlamenten, in den IPU-Gremien und auf den IPU-Versammlungen zu beseitigen. In den 48 Ländern, in denen im 2021 Wahlen stattfanden, hatte Liechtenstein die prozentual höchste Zunahme, da 7 Frauen in den 25-köpfigen Landtag gewählt wurden. Dies ist im Jahresbericht 2021 als bedeutender Fortschritt speziell erwähnt. Das stellvertretende Delegationsmitglied Sebastian Gassner war vertreten im Forum of Young Parliamentarians, dem junge Parlamentsmitglieder unter 45 Jahren angehören.

2. Dringliches Nachtragstraktandum

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Creation of a global fund or financing facility for climate-vulnerable countries to address loss and damage associated with climate change*, vorgeschlagen von Pakistan
- *Condemnation of the invasion of Ukraine and of the subsequent annexation of territories in defence of the territorial integrity of all States*, vorgeschlagen von Chile und den Mitgliedern der Geopolitischen Gruppe von Lateinamerika und der Karibik (GRULAC)
- *Preserving Iraq's sovereignty, rejecting repeated attacks and not interfering in its internal affairs*, vorgeschlagen von Irak
- *Condemnation of the illegal annexation of the Kherson, Zaporizhzhia, Donetsk and Luhansk regions by the Russian Federation, the targeting of civilians and other war crimes resulting from the aggression of the Russian Federation against Ukraine*, vorgeschlagen von der Ukraine (mit Unterstützung von Kanada, Neuseeland und Polen)

Vor der Präsentation der Vorschläge machte ein Mitglied aus Südafrika darauf aufmerksam, dass man bereits in Nusa Dua das Thema rund um den Ukraine Konflikt ausführlich diskutiert und eine Task Force eingerichtet habe. Seiner Meinung nach sollten zuerst die diesbezüglichen Ergebnisse abgewartet werden, bevor man wieder ein dringliches Nachtragstraktandum zu diesem Thema beschliesse. Nachdem die verschiedenen Gruppie-

rungen ihre Vorschläge präsentiert hatten, zogen sowohl die Ukraine als auch Irak ihre Anträge zurück. Nach durchgeführter Wahl erhielt der Vorschlag der GRULAC die erforderliche Zwei-Drittelmehrheit, weshalb dieser als dringlich in die Traktandenliste aufgenommen wurde.

Beratung des dringlichen Nachtragstraktandums: *Verurteilung der Invasion in die Ukraine und die anschließende Annexion von Gebieten zur Verteidigung der territorialen Integrität aller Staaten*

20 Redner ergriffen das Wort. Chile forderte den Redaktionsausschuss auf, einen Paragraphen in die Resolution aufzunehmen, um die Arbeit der IPU Task Force für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts zu würdigen. Viele Abgeordnete drückten ihre Unterstützung aus für die Ukraine und ihre territoriale Integrität. Ein Delegierter unterstrich die Notwendigkeit der Einhaltung des Budapester Memorandums von 1994 bez. Sicherheitsgarantien. Andere waren der Meinung, dass die Bemühungen zur Beendigung der Krise auf diplomatischem Weg verstärkt werden müsse. Einige Abgeordnete vertraten die Ansicht, dass die Invasion durch Russland in die Ukraine klar eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen sowie des internationalen Menschenrechts darstelle. Zudem verstosse es gegen die Grundsätze der IPU.

Ein Abgeordneter wies auf die ernsthaften Auswirkungen hin, die dieser Krieg auch auf andere Länder hat. Die Energie- und Nahrungskrise betreffe insbesondere viele unterentwickelte Länder, vor allem in Afrika. Diese seien auf Getreideimporte aus der Ukraine und Russland angewiesen. Mehrere Delegierte wiesen nochmals auf den Grundsatz der Nichteinmischung, bezugnehmend auf die UN-Charta, hin und drängten beide Parteien – Russland und die Ukraine – die Situation umgehend zu entschärfen. Zudem ersuchten sie die IPU, aktiv an der Lösung dieser Krise mitzuwirken. Einige Delegierte waren der Meinung, dass die Völkergemeinschaft die Bedenken Russlands bezüglich der Erweiterung der NATO ansprechen sollte. Sie verurteilten internationale Sanktionen gegen Russland ebenso wie gegen andere Länder, da dies zum Tod von Menschen führen könne. Waffenlieferungen an die Ukraine müssten gestoppt werden.

Die Versammlung bestellte zum Schluss der Diskussion einen Redaktionsausschuss (bestehend aus Vertretern von Kanada, Chile, Iran, Jordanien, Neuseeland, Oman, Peru, Südafrika und Tansania), welcher eine entsprechende Resolution ausarbeitete.

[Die Resolution ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

3. Hauptthema der Versammlung: *Gleichstellung der Geschlechter und geschlechter-sensible Parlamente als Treiber des Wandels für eine widerstandfähigere und friedlichere Welt*

Frau Donatille Mukabalisa, Präsidentin der Abgeordnetenversammlung von Ruanda, eröffnete die Generaldebatte und merkte an, dass die 145. IPU-Versammlung eine gute Gelegenheit sei zu zeigen, wie sich das Land seit den tragischen Ereignissen im Jahr 1994 gewandelt habe. Die Frauen von Ruanda hätten eine ausserordentliche Widerstandsfähigkeit bewiesen, um ihr Leben und das Land wieder aufzubauen. Ruanda habe einen enormen Kraftakt geleistet und eine Gesellschaft geschaffen, in welcher Gleichheit und

Gerechtigkeit heute in allen Bereichen gewährleistet sei. Gender-sensitive Parlamente seien notwendig, um mit den verschiedenen Bedürfnissen einer Gesellschaft Schritt zu halten und so eine friedliche Welt zu gestalten.

Herr Duarte Pacheco, Präsident der IPU, zeigte sich erfreut, dass die 145. IPU-Assembly mit dem vorliegenden Thema in einem Land durchgeführt werden könne, das den höchsten Frauenanteil der Welt im Parlament hat. Der weltweite Anteil an Frauen in Parlamenten habe sich seit dem Jahr 2000 verdoppelt und betrage derzeit ca. 26%. Es bedürfe noch einiger Anstrengung, diese Zahl zu erhöhen. Gender Equality bedeute u.a. ebenfalls gleiche Löhne, sozialer Schutz für alle, Anerkennung der Care-Arbeit sowie Schutz vor Diskriminierung und Gewalt. Die Geschichte habe gezeigt, dass Krisen besser bewältigt werden können, wenn in Gleichberechtigung und Frieden investiert werde. Diese Debatte gebe den Parlamenten die Möglichkeit, diesbezüglich voneinander zu lernen und wichtige Inputs mitzunehmen.

Frau Lesia Vasylenko, Präsidentin des Forums der Parlamentarierinnen, zeigte sich erfreut darüber, dass die IPU den Focus dieser Versammlung auf die Geschlechtergerechtigkeit legt. Sie zollte all jenen Frauen auf der Welt Achtung, die täglich gegen Gewalt und Ungerechtigkeit in ihrer Umgebung kämpfen müssten. Als eine weibliche Abgeordnete eines Landes, das sich im Krieg befindet, bat sie, all jene Parlamentarierinnen zu unterstützen und zu würdigen, die auch in Krisenzeiten ihr Volk vertreten und für es einstehen. Parlamente müssten sich dafür einsetzen, dass alle Hindernisse für eine Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft abgebaut würden. Vergessen werden dürfe auch nicht das Problem von Missbrauch und Gewalt gegen Frauen innerhalb der Parlamente.

144 Abgeordnete aus 106 Parlamenten meldeten sich im Laufe der anschließenden dreitägigen Debatte zu Wort. Am Schluss wurde eine entsprechende Deklaration verabschiedet.

[Die Deklaration ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

E Sitzung des Interparlamentarischen Rates

[Einleitend gilt es festzuhalten, dass an der Sitzung des Interparlamentarischen Rates eine Vielzahl verschiedenster Themen beraten wurde. Die Aufzeichnung aller dieser Themen würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind daher die nach Sicht der Delegation wesentlichsten Themen aufgeführt.]

1. Allgemeines

Der Präsident sowie der Generalsekretär berichteten über die Aktivitäten der IPU in den letzten 6 Monaten. Insbesondere wurden die Bemühungen des Präsidenten hervorgehoben, auch noch die Parlamente der Welt als Mitglieder zu gewinnen, die noch nicht der IPU angehören.

2. Die Finanzielle Lage der IPU / Budget für das Jahr 2023

Der Interparlamentarischen Rat erhielt den Bericht über die aktuelle finanzielle Situation der IPU. Sechs Mitglieder-Parlamente und zwei Partnerorganisationen haben seit drei Jahren keine Beiträge mehr entrichtet, was zur Folge hat, dass ihre Mitgliedsrechte ausser Kraft treten. Drei Mitgliedsländer sind seit zwei Jahren mit ihren Beiträgen im Rückstand, was Auswirkungen auf ihre Stimmberechtigung hat. Der Generalsekretär teilte mit, dass er in engem Austausch mit all diesen Mitgliedern stehe, um baldmöglichst eine Lösung zu finden.

Frau C. Widegren stellte im Auftrag des Exekutivkomitees den Bericht kurz vor. Die allgemeine finanzielle Situation der IPU sei grundsätzlich stabil und ausgeglichen. Der Anteil der freiwilligen Beiträge belaufe sich auf ca. ein Viertel der Gesamteinnahmen, womit keine Gefahr einer zu grossen Abhängigkeit von externer Unterstützung bestehe. Der Bericht sowie die entsprechenden Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Der Budgetentwurf für das Jahr 2023 wurde vorgestellt. Frau C. Widegren erläuterte, wie das Budget ausgestaltet ist, um die Zielsetzungen der IPU-Strategie zu erreichen und eine finanziell stabile und starke Organisation zu bleiben. Als Schwerpunkte wurden der Support von Demokratie, Frieden und Sicherheit, Klimawandel sowie Gleichberechtigung der Geschlechter gesetzt. Zudem solle die digitale Entwicklung innerhalb der IPU weiterverfolgt werden. Hierfür seien CHF 18.5 Mio. budgetiert worden. Das Sekretariat bemühe sich, so effizient wie möglich zu arbeiten und Sparmassnahmen umzusetzen und damit die Kosten so tief wie möglich zu halten.

Frau C. Widegren wies darauf hin, dass die Mitgliederbeiträge seit 2007 nicht mehr erhöht wurden. Um auch in Zukunft eine stabile finanzielle Lage zu gewährleisten empfehle das Exekutivkomitee, eine Erhöhung ins Auge zu fassen (plus 3% für die Jahre 2023 – 2026, weitere plus 2% ab 2027). Der Interparlamentarische Rat stimmte den Empfehlungen des Exekutivkomitees zu und genehmigte das vorliegende Budget.

3. Politische Situation in gewissen Mitgliedsländern

Der Interparlamentarische Rat wurde über die aktuelle politische Situation in gewissen Mitgliedsländern in Kenntnis gesetzt und befürwortete die entsprechenden Empfehlungen des Exekutivkomitees.

Der Präsident und der Generalsekretär erhielten den Auftrag, zwischen den Parlamenten von **Armenien** und **Azerbaidjan** zu vermitteln und eine friedliche Lösung für den aktuellen Konflikt in dieser Region zu unterstützen. In **Afghanistan** habe sich die Situation in Sachen Menschenrechte leider verschlimmert. Auch die Mitglieder des mittlerweile aufgelösten Parlaments müssten mit Repressionen rechnen. Hier solle auch weiterhin Solidarität gezeigt und diese als nichtstimmberechtigte Beobachter in der IPU involviert werden. Bezüglich der Situation in **Burkina Faso** drückte der Interparlamentarische Rat sein tiefes Bedauern aus über die zwei erfolgten Putschversuche innerhalb von acht Monaten. Der Generalsekretär teilte mit, dass er Kontakt mit dem Präsidenten des Übergangsparlaments hatte und ihm volle Unterstützung zusicherte für eine rasche Rückkehr zu einer verfassungskonformen Situation. Es sei vorgesehen, im 2024 reguläre Wahlen abzuhalten. In **Guinea-Bissau** habe sich die Situation etwas verbessert. Es würden aber immer noch politische Grabenkämpfe geführt zwischen dem Parlament und dem Staatspräsidenten. Das Parlament wurde aufgelöst, Neuwahlen seien für

Dezember 2023 geplant. In **Myanmar** habe sich die Lage seit der letzten IPU-Assembly leider verschlechtert, einige Parlamentarier wurden von der Junta hingerichtet. Aber auch hier seien für August 2023 Neuwahlen in Aussicht gestellt worden. Unter diesen Umständen wollte der Interparlamentarische Rat am Beschluss, der in Nusa Dua gefällt wurde, festhalten, dass das Militärregime nicht anerkannt wird, um sich mit den gewählten Parlamentariern solidarisch zu zeigen. Das Parlament in **Tunesien** sei nach wie vor suspendiert. Der Präsident habe mittels eines Referendums umfassende Verfassungsänderungen vorgenommen, die ihm umfangreiche Rechten und Befugnisse einräumen und das Parlament schwächen. Neuwahlen sollten im Dezember 2022 stattfinden. Der Generalsekretär erläuterte, dass er sowohl das Präsidentenbüro in Tunis als auch den tunesischen Botschafter in Genf diesbezüglich kontaktiert habe. Der Präsident liess verlauten, dass er nach den regulären Wahlen die Zusammenarbeit mit der IPU begrüssen werde.

Der Interparlamentarische Rat wurde noch über weitere Situationen in Mitgliedsländern in Kenntnis gesetzt (Chad, Guinea, Mali, Venezuela und Swasiland). Er empfahl, dass der Generalsekretär weiterhin die Situation in diesen Ländern beobachtet und an der nächsten Sitzung entsprechend berichtet.

Alle verabschiedeten Resolutionen und Beschlüsse der 145. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<https://www.ipu.org/event/145th-assembly-and-related-meetings#event-sub-page-28005/>

F Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus tagte jeweils am 10., 12., 13., 14. und 15. Oktober 2022 und behandelte nebst den Standard-Traktanden wie die finanzielle Situation/Budget 2023, Wahlen in div. IPU-Komitees, Berichte diverser Arbeitsgruppen, Emergency Item etc. folgende Themen:

a) Mitgliedschaft der USA bei der IPU

Die IPU ist bestrebt, die USA wieder als Mitglied zu gewinnen. In diesem Zusammenhang reiste eine Delegation in die Vereinigten Staaten, um entsprechende Gespräche zu führen. Einige Vertreter der 12+ nahmen an diesem Besuch ebenfalls teil.

b) Side Event zum Thema LGBTI+

Die Gruppe der 12+ organisierte am 11. Oktober 2022 einen Side Event mit dem Titel «*Inclusion for leaving no one behind: A parliamentary handbook on enhancing the human rights and inclusion of LGBTI people*», welcher grossen Anklang fand. Folgende Personen sprachen zum vorliegenden Thema: Frau Esther Passaris, Mitglied der kenianischen Nationalversammlung, Frau Lorraine Zandamela Nxumalo, Mitglied des Parlaments von Swasiland, Frau Linda Baumann, CSO Vertreterin von OutRight Namibia, Herr Alex Donkor, CSO Vertreter von LGBT+ Rights Ghana sowie Frau Louisa Wall, Botschafterin von Pacific Gender Equality Neuseeland (per Video). Im Anschluss fand eine angelegte Diskussion statt.

- c) Vorschlag der Schweizer IPU-Delegation zur besseren Umsetzung der IPU-Resolutionen

Der Leiter der Schweizer IPU-Delegation, Herr Daniel Jositsch, Mitglied des Ständerats, stellte im Namen der Schweizer Delegation den Antrag, zu diskutieren, wie die von den Mitgliedern verabschiedeten Resolutionen verbindlicher in den nationalen Parlamenten umgesetzt werden könnten. Das Thema wurde traktandiert und die verschiedenen Möglichkeiten besprochen.

- d) Neuer Präsident der Gruppe der 12+

Die Präsidentschaft von Frau Arda Gerken aus den Niederlanden lief Ende Oktober aus. Neuer Präsident ist Herr Andries Gryffroy, Mitglied des belgischen Senats.

G Nächste Versammlungen

- 146. IPU-Versammlung: 11. - 15. März 2023 in Manama (Bahrain)
- 147. IPU-Versammlung: noch offen

H Schlusswort

Es ist für die Souveränität unseres Landes von grosser Bedeutung, im Kreise der Parlamente der internationalen Staatengemeinschaft eine Stimme zu haben und als eigenständiges Staatswesen mit weitreichenden demokratischen Mitbestimmungsrechten der Bevölkerung wahrgenommen zu werden. Es ist das Bestreben unserer Delegation, durch aktive Mitwirkung unser Land gut zu vertreten und über gute Vernetzung das Gedankengut der freiheitlichen Gesellschaften zu unterstützen. Die Internationale Parlamentarische Union bietet dafür eine einflussreiche und geeignete Plattform.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Delegation und der verantwortlichen Mitarbeiterin des Parlamentsdienstes, Gabriele Wachter, für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2022 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Albert Frick

Schaan, im Januar 2023



Inter-Parliamentary Union

For democracy. For everyone.

145th IPU Assembly

Kigali, Rwanda
11-15 October 2022



145th IPU ASSEMBLY
2022 | Kigali, Rwanda

Condemnation of the invasion of Ukraine and of the subsequent annexation of territories, in defence of the territorial integrity of all States

Resolution adopted by consensus by the 145th IPU Assembly (Kigali, 14 October 2022)*

The 145th Assembly of the Inter-Parliamentary Union,

Recalling that the invasion of the sovereign State of Ukraine has resulted in the death and maiming of thousands of civilians and military personnel, the destruction of cities and infrastructure, and the displacement of millions of people as refugees of war,

Considering that the Inter-Parliamentary Union (IPU) works for peace and cooperation among peoples, and for the promotion and defence of human rights, which are universal in nature and whose unrestricted respect is an essential factor for democracy and the development of all nations,

Noting the adoption on 23 March 2022 by the 144th IPU Assembly in Nusa Dua, Indonesia, of a resolution in favour of a *Peaceful resolution of the war in Ukraine, respecting international law, the Charter of the United Nations and territorial integrity*,

Bearing in mind that the Charter of the United Nations states that “[a]ll Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state”,

Having regard to United Nations General Assembly Resolution ES-11/2 on the humanitarian consequences of the aggression against Ukraine, which calls for an immediate cessation of hostilities, in particular of any attacks against civilians and civilian objects,

Noting United Nations Human Rights Council Resolution 49/1 of 4 March 2022 on the situation of human rights in Ukraine stemming from the Russian aggression, as well as United Nations Human Rights Council Resolution S-34/1 of 12 May 2022 calling for investigations into war crimes committed on Ukrainian territory,

Attentive to the content of the 1949 Geneva Conventions, especially the Fourth Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, and their Additional Protocols,

Aware that the military aggression against Ukraine has continued for eight months now, despite multiple calls from the international community to put an end to the conflict and the resultant suffering of the civilian population,

#IPU145

Alarmed by the profound consequences of the invasion of Ukrainian territory by the Russian Federation, which point to a humanitarian, migration and refugee crisis affecting the entire world and, in particular: the sharp deterioration of the global economy, giving rise to major concerns; the situation in the Horn of Africa, with Somalia alone receiving 92% of its wheat imports from the Russian Federation and Ukraine; the upward spiral of food and fuel prices resulting from the war threatening to plunge the African population into a food crisis of potentially catastrophic proportions; and Europe meanwhile facing a cold winter with reduced gas supplies, with some 41% of this vital energy source coming from the Russian Federation,

1. *Reiterates* its call for an immediate end to the Russian military occupation of sovereign Ukrainian territory, restoring its territorial integrity back to its internationally recognized borders, extending to its territorial waters, and consequently the rule of international law;
2. *Condemns in the strongest terms* the serious violations of human dignity and the flagrant violations of human rights perpetrated in the regions of Kyiv, Kharkiv, Sumy, Chernihiv and others;
3. *Also condemns* the use of extrajudicial executions, sexual and gender-based violence, and inhuman or degrading treatment as a weapon of war, in open violation of the Geneva Conventions relating to the treatment of prisoners of war, the care and assistance of the wounded and sick, and the due protection of the civilian population;
4. *Reaffirms* the importance of respect for the sovereignty and territorial integrity of all States, in connection with Russia's territorial annexation;
5. *Supports* the resolutions of various international bodies to investigate and prosecute the perpetrators of possible war crimes committed in Ukraine, particularly the massacre in Mariupol, the evidence found of clandestine mass graves in Iziurm, the tragic events in Bucha, the hundreds of attacks on the country's health infrastructure, the use of unguided bombs and cluster munitions against the civilian population in Chernihiv and Okhtyrka, among others;
6. *Also supports* the creation of courts with specific jurisdiction to investigate possible crimes perpetrated in wars of aggression and to hear cases of war crimes and human rights violations committed on Ukrainian territory.
7. *Urgently appeals* to the international community to support the actions of UNICEF and other specialized aid agencies to alleviate the general deprivation suffered by 3 million children inside Ukrainian territory and another 2 million refugee children, who require rapid and life-saving assistance;
8. *Calls on* the parliaments of the world to:
 - raise awareness, as appropriate, among the competent national authorities of their States and civil society of the need to contribute, insofar as they are able, to a solution to the humanitarian crisis involving the migration of 6 million Ukrainian citizens as refugees;
 - encourage the support and cooperation of the international community in the process of reconstructing Ukraine, in solidarity with its people and respecting the principles, values and norms of international humanitarian law;
 - continue their commitment to climate change reduction targets, recognizing that the war of aggression is impacting energy supply;
9. *Calls on* the competent bodies of the United Nations system, the governments and parliaments of the world, and multilateral financial institutions to adopt and support effective and targeted social policies to address decisively global food insecurity resulting from the effects of the war, namely the rising prices of food, fuel and fertilizers, the supply of which has been severely disrupted or discontinued;

10. *Expresses* solidarity with all the victims of the armed conflict in Ukraine and *condemns* all war crimes, crimes against humanity and any other human rights violations;
11. *Urges* all States to address the humanitarian dimension of the conflict, to work together to reduce tensions and to exhaust all peaceful means available through mechanisms of peaceful settlement;
12. *Reaffirms* support for the ongoing work of the IPU Task Force on the peaceful resolution of the war in Ukraine; *encourages* the Task Force to continue its efforts to bring the parties concerned to the table of political dialogue for the peaceful resolution of the war, in keeping with the Charter of the United Nations, territorial integrity and international law; and *encourages* both Parliaments to facilitate the Task Force's engagement to achieve its mission.

* After the adoption of the Resolution, the following delegations took the floor to abstain from supporting the resolution:
- India, Mozambique, South Africa, South Sudan and Yemen.



Inter-Parliamentary Union

For democracy. For everyone.

145th IPU Assembly

Kigali, Rwanda
11-15 October 2022



145th IPU ASSEMBLY
2022 | Kigali, Rwanda

Kigali Declaration

Gender equality and gender-sensitive parliaments as drivers of change for a more resilient and peaceful world

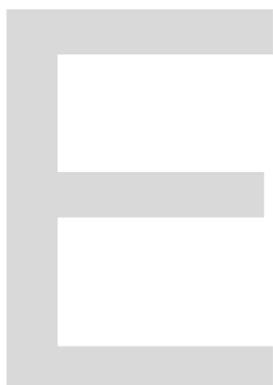
***Endorsed by the 145th IPU Assembly
(Kigali, 15 October 2022)***

We, Members of Parliament from around the world, gathered at the 145th IPU Assembly in Kigali, Rwanda to discuss the theme *Gender equality and gender-sensitive parliaments as drivers of change for a more resilient and peaceful world*, to celebrate the 10th anniversary of the IPU's Plan of Action for Gender-sensitive Parliaments, and to recommit to advance gender equality in our institutions and in society.

We recognize that we live in a special time, wrought with global challenges. After two years of confronting the COVID-19 pandemic, we know that crises are never gender neutral. On the contrary, crises exacerbate existing gender-based inequalities and create new ones, and put vulnerable populations in an even more precarious situation. Women and girls pay a heavy toll in situations of crisis, since gender-based discrimination and violence increase, holding back gender equality and our societies in general.

However, we take confidence knowing that our collective commitment to the Sustainable Development Goal of gender equality has led to greater attention to and respect for equal rights among men and women, and women's and girls' empowerment. We also believe that the current generation of parliamentarians is more diverse and is therefore showing even more support for the advancement of gender equality and inclusivity.

We affirm that gender equality is essential in confronting pandemics, conflicts, economic recessions and climate change. From the perspective of the economy, gender equality means equal pay, financial inclusion, universal social protection, valuing care work, and protection from discrimination and violence. Equality in the economy also means that more women participate in the work force, leading to greater prosperity and productivity. Gender equality in politics allows us to respond better to crises by taking into account the diverse and intersectional needs of all, thereby delivering more effective results. From the perspective of peace-building and diplomacy, women's leadership is a driving force, as peace agreements signed by female delegates lead to more durable peace. From the perspective of political decision-making, women leaders have been proven to drive more stringent climate action. In short, when responding to global challenges, it is more likely that no one is left behind if women participate and lead.



#IPU145

We note, as seen through our General Debate, that there are advancements in parliaments from around the world from which we can draw inspiration. In Kigali, at this 145th Assembly, we acknowledged that gender equality is a right for everyone, everywhere and agreed to make a step change for gender equality and to make our parliaments gender-sensitive for a more resilient and peaceful world.

To step up our action for gender equality, we will look to address profound structural gender inequalities that are driving vulnerabilities instead of building resilience. To do so, we commit to take the five following key actions:

1. Achieve parity in political decision-making, including by using electoral gender quotas and ensuring that other electoral quotas always have a gender parity provision.
2. Ensure our law-making, law-enforcement, and budgeting are gender-responsive across all policy fields.
3. Put vulnerable populations at the centre of our parliamentary functions of legislation, oversight, resource allocation and representation.
4. End gender-based discrimination, violence and other harmful practices, and ensure access to sexual and reproductive health, rights and justice for all women and girls.
5. Advance equality in caring responsibilities among men and women and set an example in our societies by undertaking 50% of the daily care work for our families, regardless of whether we are male or female MPs.

Driving structural transformational change for gender equality will require us to continue and enhance our action to build gender-sensitive parliaments. It is only by doing so that our parliaments will meet the needs of the modern era, respond to crises and remain resilient. Gender-*ins*sensitive parliaments cannot redress inequalities and vulnerabilities. In contrast, gender-sensitive parliaments, that are by definition more representative and have power, structures and capacities to promote gender equality, are better able to reverse gender inequalities and address vulnerabilities.

In the last decade, we have witnessed progress in gender equality in parliaments, following the roadmap set out by the *Plan of Action for Gender-sensitive Parliaments*:

- In parliamentary participation and leadership, the proportion of women in parliament has jumped from 20 to 26%. Several parliaments have internal quotas to ensure leadership positions and membership of committees are shared equally among men and women. At present, 23% of Speakers or Presiding Officers of parliament are women.
- Looking at parliamentary infrastructure, 50% of all parliaments currently have a women's caucus and 68% of all parliaments have a women's or gender equality committee.
- In terms of gender-responsive internal policies, 23% of all parliaments now have a gender equality policy in their parliamentary administration.
- There are more family-friendly provisions and measures to facilitate work-life balance such as remote or proxy voting and childcare arrangements.
- The existence, forms and prevalence of violence against women in parliament are now widely acknowledged, and some parliaments have started taking action to eliminate such violence, including by using the IPU *Guidelines for the elimination of sexism, harassment and violence against women in parliament*.

Gender-sensitive parliaments are needed now more than ever against a backdrop of ever more urgent political, economic, social and ecological crises, which are themselves gendered. Facing the reality of the climate crisis, this next chapter of gender-sensitive parliaments must also be green, both in how parliaments undertake their daily work, and in parliamentary outputs and outcomes. New technologies and their rapid development have also opened up new opportunities which must be exploited when they support rather than harm gender equality.

Transformative institutional change towards a gender-sensitive parliament does not just happen by itself. It requires political will, leadership, self-questioning, strategic planning, reform, resources and accountability.

Our commitment to gender-sensitive parliaments today must be more ambitious than it was 10 years ago. Looking forward, we pledge the following 10 actions to make many more parliaments gender-sensitive over the next 10 years:

1. Assess the level of gender-sensitivity of our parliaments twice to ensure progress in-between the two milestones.
2. Create a gender-balanced steering committee to follow up on the findings and recommendations of the gender sensitivity assessments that has the power, resources, and mandate to lead reforms.
3. Recognize the individual differences among women and prioritize the inclusion of underrepresented groups such as young women, indigenous women and women with disabilities.
4. Create, resource and empower a gender equality committee or similar body which can effectively hold government and parliament to account, and a women's caucus that can effectively support women MPs in their parliamentary work.
5. Adopt formal rules to establish gender-balance across all parliamentary leadership positions, ensure the parity of participation of women and men across all parliamentary activities, and prohibit single-sex committees and groups.
6. Engage men MPs and other men active in the parliamentary ecosystem to act as allies for gender equality, including by co-sponsoring bills, initiatives and actions with women MPs, across the legislative, oversight and representation fields.
7. Ensure that gender sensitivity, gender equality and gender mainstreaming and budgeting guide all of a parliament's work at all times.
8. Conduct gender audits of legislative, budgetary and oversight actions but also of initiatives aiming to introduce or reform, inter alia, parliamentary technology, measures to make parliaments greener, initiatives to engage citizens' in the work of parliament, and implement the respective recommendations from such audits.
9. Become caring parliaments by providing fully for the caring needs of men and women MPs and staff as they carry out their parliamentary duties.
10. Introduce stringent policies with the objective of zero tolerance of violence against women, sexual harassment and bullying in parliament, and establish independent and efficient grievance procedures with strong sanctions.